

GASTKOMMENTAR Sandra Locher Benguerel über Hausaufgaben

## Lust oder Frust?

Seit dem 15. Jahrhundert werden Hausaufgaben vergeben. Sie sind eine langjährige Tradition und fester Bestandteil unserer Schule. Hausaufgaben gehören zu einem Dauerthema, und Diskussionen darüber bewegen die Gemüter von Erziehungsberechtigten, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern gleichermaßen. Dabei ist in diesen Diskussionen jeweils festzustellen, dass die Meinungen zum Thema Hausaufgaben oft sehr kontrovers sind. Jede Pädagogin und jeder Pädagoge hat eine eigene Haltung dazu. Frage ich meine Schülerinnen und Schüler nach ihrer Meinung, so ist sofort klar, die Hausaufgaben stehen in direkter Konkurrenz zu ihrer wertvollen Freizeit. Der anfängliche Stolz beim Entgegennehmen der ersten Hausaufgaben weicht

anderen Gefühlen. Eltern berichten aus ihrer Sicht des Familienalltags über das Spannungsfeld Hausaufgaben. Dabei sind ihre Erwartungshaltungen an die Hausaufgaben sehr unterschiedlich.

Die kürzlich erschienene Meldung des schweizerischen Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter, wonach die Hausaufgaben abgeschafft werden sollen, hat die Debatte rund um Hausaufgaben neu lanciert. Die Idee, Hausaufgaben abzuschaffen, ist keine neue, doch konnte sie sich in der Schweiz weder auf städtischer noch kantonal Ebene irgendwo durchsetzen.

Blickt man auf wissenschaftliche Studien bezüglich der Wirkung der Hausaufgaben, sind zwei Erkenntnisse augenfällig: Entscheidend ist nicht die Quantität, sondern die Qualität. Regelmässige Hausaufgaben von geringerem Aufwand sowie vielgestaltige Aufgabenstellungen wirken sich positiv auf den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen aus. Zudem

sind Hausaufgaben unter guten Voraussetzungen wirkungsvoll. Was zählt dann zu solchen guten Voraussetzungen? Hausaufgaben ersetzen nicht den Unterricht, sie dürfen nicht dazu dienen, Lernstoff vom Schulzimmer in die Wohnstube zu verschieben. Denn die Verantwortung fürs Lernen liegt bei der Schule. Aus soziokultureller Sicht wis-



«Betreute Hausaufgabenlektionen wirken entlastend»

sen wir, dass Hausaufgaben die Gleichheit der Bildungschancen gefährden können, dem sollten wir mit allen Möglichkeiten entgegenwirken. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, dass die Schüler ihre Hausaufgaben selbstständig lösen können, fühlen sie sich kompetent, die Aufgaben zu lösen,

stärkt es sie letztendlich auf ihrem Lernweg. Im Idealfall sehen die Kinder und Jugendlichen einen persönlichen Nutzen und Sinn in der Aufgabenerfüllung. Der Zusammenhang zwischen Aufgabenerfüllung und Unterricht sollte immer gewährleistet sein. Meine Erfahrung zeigt, dass Schülerinnen und Schüler gut auf kreative Aufgaben ansprechen. Dies trägt massgebend dazu bei, dass sie die Aufgaben als Lust und nicht als Frust erleben. Ich bin der Meinung, dass Hausaufgaben Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, ihrem Alter angepasst Verantwortungsbewusstsein, Arbeitsplanung und Selbstständigkeit zu erwerben. Denn diese drei Fähigkeiten entstehen nicht von selbst, sie müssen unter Anleitung erworben werden. Für die spätere Lebensgestaltung und das Funktionieren im Berufsalltag erachte ich diese Fähigkeiten als sinnvoll und wegweisend. Deshalb braucht es seitens der Lehrpersonen eine aktive Be-

gleitung der Schülerinnen und Schüler bei den Hausaufgaben. Auch erachte ich es als sinnvoll, wenn das Thema Hausaufgaben im Schulteam und am Elternabend diskutiert wird.

Mit Bezug auf die genannten Gelingensfaktoren plädiere ich dafür, dass in jeder Schule betreute Hausaufgabenlektionen angeboten werden, in welchen die Schülerinnen und Schüler freiwillig nach Unterrichtschluss ihre Aufgaben erledigen können. Danach können sie unbeschwert nach Hause gehen und haben Zeit für Hobbies und Erholung. Denn um erfolgreich lernen zu können, ist ein gesunder Ausgleich für die Kinder und Jugendlichen schliesslich mindestens so wichtig wie das Aufgabepensum. Einige Bündner Gemeinden haben das bereits umgesetzt.

SANDRA LOCHER BENGUEREL ist Lehrerin und Präsidentin des Verbandes Lehrpersonen Graubünden (Legr). Politisch engagiert sie sich als Grossrätin und Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur.

HINTERGRUND Thomas Paul, SDA, über die US-Wahlen

## Duell der Vizekandidaten: Republikaner Pence hat die Nase vorn

Nach den US-Präsidentschaftskandidaten haben sich auch deren Vizekandidaten eine Fernsehdebatte geliefert. Der Republikaner Mike Pence überzeugte bei dem einzigen Duell der beiden Stellvertreter am Dienstagabend (Ortszeit) mit einem präsidialeren, besonneneren Ton als der Demokrat Tim Kaine. Eine erste Blitzumfrage des Senders CNN sah Pence mit 48 Prozent vorne, Kaine kam auf 42 Prozent.

Anders als das Fernsehduell zwischen Hillary Clinton und Donald Trump war der 90-minütige Auftritt

ihrer designierten Stellvertreter wenig spannungsgeladen. Pence und Kaine sind erfahrene Politiker, nicht aber schillernde Persönlichkeiten.

Der 57 Jahre alte Pence sass lange Jahre im Repräsentantenhaus, bevor er Gouverneur von Indiana wurde. Der 58-jährige Kaine vertritt Virginia im Senat, zuvor war er Gouverneur des Bundesstaates und Bürgermeister der Hauptstadt Richmond. Es ging allerdings kaum um die beiden, sie diskutierten vor allem über ihre Chefs.

Der Demokrat zitierte mehrere umstrittene Äusserungen Trumps und forderte seinen Kontrahenten auf, diese zu verteidigen. Es ging etwa um frauenfeindliche Bemerkungen Trumps, seine verbalen Angriffe gegen mexikanische Einwanderer und seine lobenden Worte für den russischen Präsidenten Wladi-

mir Putin. Statt Trump zu verteidigen, stritt Pence häufig die Echtheit der von Kaine zitierten Äusserungen ab. Trump sei nun mal kein geschliffener Politiker wie Kaine und Clinton, erklärte Pence dessen Forderung, Frauen für Abtreibungen zu bestrafen.

Auch die Kontroverse um Trumps Steuererklärung war Thema der Debatte. Der milliarden schwere Unternehmer weigert sich beharrlich, diese öffentlich zu machen. Laut einem Bericht der «New York Times» zahlte er möglicherweise 18 Jahre lang keine Bundessteuern. Trump sah sich deswegen in den vergangenen Tagen massiver Kritik ausgesetzt. «Donald Trump muss seine Steuerklärungen für das amerikanische Volk öffentlich machen, um zu beweisen, dass er für das Amt geeignet ist. Er bricht mit diesem Versprechen», sag-

« Donald Trump muss seine Steuerklärung für das amerikanische Volk öffentlich machen, um zu beweisen, dass er für das Amt geeignet ist. Er bricht mit diesem Versprechen »

te Kaine. Pence hielt dem entgegen, Trump habe sich an die Steuergesetze gehalten und sie bloss «brillant» genutzt. Ein Grossteil der Debatte der Vizekandidaten drehte sich um aussenpolitische Themen. Pence warf Clinton vor, als Aussenministerin den Aufstieg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mitverschuldet zu haben.

Kaine wiederum griff Trump und Pence wegen deren Äusserungen über die Führungsstärke des russischen Präsidenten Wladimir Putin an. Er verdächtigte den Republikaner auch, geschäftliche Beziehungen zu Putin-nahen Oligarchen zu unterhalten. Pence hielt dagegen, er und Trump hätten den Kurs des russischen Staatschefs nie unterstützt. Sie hätten nur kritisiert, dass Russland als Folge der schwächelnden US-Aussenpolitik erstarkt sei.

LESERBRIEFE Zur Altersvorsorge, zur Olympiakandidatur und zu den Flüchtlingen

## In der Politik läuft einiges schief

Die Abstimmung über die Initiative «AHV-plus» war eine Angstmacherkampagne der Gegner, die ein solches negatives Resultat ermöglicht hat. Die jungen Leute, wie zum Beispiel Adrian Ineichen, FDP, und Andri Silberschmidt von den Jungfreisinnigen und andere, können überhaupt nicht richtig in diesem Alter beurteilen, wie das Dreisäulensystem funktioniert. Es fehlen ihnen die Lebenserfahrung und Zusammenhänge zur Anlagestrategie und Verwaltung. Wenn man die Meinungen von Wählern, die nicht abgestimmt haben, und diejenigen, die Nein gestimmt haben, nachträglich hört, ist erkennbar, dass sie total überfordert sind und auf Parolen ihrer Volksvertreter hören. Sofern die Politiker und die jungen Wähler das Gefühl haben, dass sie die «Alten» finanzieren müssen, was nach meiner Meinung eine bewusste Falschinterpretation der Angstmacher-Parteien ist, dann sollen sie doch die AHV abschaffen. Wie viel junge Wähler leben zu Hause bei ihren Eltern, die bereits eine Rente beziehen? Der grösste Fehler wäre, wenn man jetzt versucht, die zweite Säule auszubauen und die Beiträge zu erhöhen. Hier wurde genug Geld verspekuliert und abgesahnt! Ausgerechnet die SVP straft doch damit ihre Wählerschaft. Schauen Sie sich die Banken an, wenn sie alles Geld zurückzahlen

müssten, das ihnen nicht gehört, sind sie pleite! Man kann nicht Millionen verdienen mit Geldverschieben. Irgendjemand zahlt das, und plötzlich heisst es, wir müssen wegen Verlusten Stellen abbauen. Genau diejenigen wollen/sollen nachher weiterhin die Gelder der Pensionskasse verwalten oder anlegen. Der Bund soll die Pensionskassen strenger kontrollieren und seine Hausaufgaben machen. Es hat bald nur noch Politiker, Direktoren, Vizedirektoren, Banker und Verwaltungsbeamte, die sich mit 60 pensionieren lassen oder zurücktreten. Und wer zahlt?

Den Politikern, die von den Steuergeldern entschädigt werden, hätte ich mehr Weitblick, Sachkenntnisse und gesunden Menschenverstand zugetraut. Man hat schon das Gefühl, als gehe es ihnen nur darum, ihre Gehälter zu sichern und nach unten (Rentner) nicht zu viel auszahlten. Sie haben eine Staatsgarantie bei ihrer Pensionskasse, Ruhegelder nach bereits vier Jahren Amtszeit auf Kosten der Steuerzahler, inklusive AHV-Renten. Sie sollen zuerst bei sich selber anfangen zu sparen und sich fragen, wie viel Geld braucht der Mensch, umständig leben zu können?

Pro Senectute schreibt zum Tag des Alters, dass über 40 000 Rentner das Geld fehle, um ihre Mieten zu bezahlen. Und jetzt?

► HANS A. KRÖNER, CHUR PARTEILOS

## AHV-Renten und Steuern in Graubünden

Es wird gesagt, an ihren Worten und Taten werdet ihr sie erkennen. Das gilt auch für Steuern und Abgaben für die steuerbare AHV, von der die meisten Schweizer ohne Pensionen leben müssen. Die zuständigen Behörden sehen AHV-Rentner am liebsten, welche keine Zusatzrenten beantragen. Offensichtlich wird auch in Sachen AHV-Renten damit gespart. Obwohl die zuständigen Behörden ein strenges Kontrollsystem haben, das aber offenbar hie und da auch versagt.

► PETER GAMBON, DAVOS DORF

## Weniger ist mehr

Olympia gleich Korruption, Doping, unzeitgemässes Spektakel, Geldverbrennungsmaschine schon während der Kandidatur. Es profitieren bestenfalls unsere kantonsbekanntesten Immobilienprofiteure, aber sicher nicht Graubünden, denn allein der Wintersport ändert. Muss man sich als Geschäftsfrau/-mann an so etwas klammern? Lieber heute schon die Bilanz deponieren. Unausgegrenzten Aktionismus seitens unserer Bündner Regierungsverantwortlichen sind wir gewohnt, an Strohhalme klammern, wir tun was – und wenn es das Faltsche ist. Aber im Ernst: Wer glaubt noch

an den «olympischen Gedanken»? Steckt die öffentlichen Mittel direkt in den Nachwuchssport oder die Infrastruktur, zum Beispiel in Davos hat man doch schon heute den Verkehrsansturm zum Winter oder zu den Sportevents nicht im Griff. Baustellen gibt es genug, man opfert den Sommertourismus für eine Eintagsfliege. Mein konstruktiver Vorschlag: ein Nein in die Urne, und es ist eine Menge gewonnen.

► RETO CAHENZZI, DAVOS PLATZ

## Tamilen in der Schweiz

Laut Simonetta Sommaruga ist eine Rückführung der in der Schweiz lebenden tamilischen Flüchtlinge nicht empfehlenswert. Polizeigewalt, Folter und Bespitzelung werden immer noch angewandt, daher ist eine Rückführung nicht angesagt. In der Türkei sind genau solche Machenschaften an der Tagesordnung, vor allem einzelne Volksgruppen, wie die Kurden, werden verfolgt und tyrannisiert. Ich frage mich, warum wir nicht überflutet werden von türkischen Flüchtlingen und diese auch aufgenommen werden wie die Tamilen? Oder wird versucht, mit diesen Aussagen zu verschleiern, dass es unzumutbar ist, Tamilen, die schon so lange in der Schweiz leben, wieder in ihr Heimatland abzuschicken?

► KONI LUTZ, DOMAT/EMS

## IMPRESSUM

Bündner Tagblatt

## Herausgeberin:

Somedia Publishing AG.

Verleger: Hanspeter Lebrument.

CEO: Andrea Masüger.

## Redaktionsleitung:

Luigi Bürkli (Chefredaktor, lub), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Nadja Maurer (nm).

## Redaktionsadressen:

Bündner Tagblatt, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, E-Mail: redaktion@buendnertagblatt.ch. Verlag: Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: verlag@somedia.ch. Kundenservice/Abo: Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch.

Inserate: Somedia Promotion, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, E-Mail: inserate@somedia.ch

Reichweite: 164 000 Leser (MACH-Basic 2015-2).

Abopreise unter: www.buendnertagblatt.ch/aboservice

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Verlagsgesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

© Somedia